

Hochschulpolitische Sprecher*innen
der LINKEN fordern:

Gerechte Vergütung im Praktischen Jahr des Medizinstudiums!



Grafik: geralt | pixabay.com | CC0

In der letzten Zeit formt sich zunehmend Protest von Medizinstudierenden. Ein Kernpunkt ist dabei die Vergütung im sog. „Praktischen Jahr“ (PJ). Im 6. Jahr des Medizinstudiums absolvieren die Studierenden ihr praktisches Jahr an einem der Universitätsklinikum und Lehrkrankenhäuser.

Das Ziel des PJ ist in der Approbationsordnung geregelt. Die Studierenden sollen ihre, während des vorangegangenen Studiums erworbenen „ärztlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vertiefen und erweitern“. Sie sollen diese auf den einzelnen Krankheitsfall anwenden. Im Mittelpunkt der Ausbildung im PJ stehen die Patient*innen. Die Studierenden sollen „ärztliche Verrichtungen“ unter Anleitung, Aufsicht und Verantwortung der ausbildenden Ärzt*innen durchführen (vgl. § 3 Abs. 4 ÄApprO).

Die Ausbildung im PJ nimmt einen hohen Stellenwert ein, denn sie ist die Schnittstelle zwischen studentischer Ausbildung und ärztlichem Alltag und der Weiterbildung. Die Studierenden im PJ werden dabei sehr unterschiedlich vergütet. Der medizinische Berufsverband Hartmannbund gibt an, dass in 111 der 691 Universitätsklinikum und Lehrkrankenhäusern überhaupt keine Aufwandsentschädigung geleistet wird. Nur in 56 Lehrkrankenhäusern werden 597 Euro oder mehr gezahlt. Die Hälfte aller Einrichtungen zahlt lediglich zwischen 200 und 400 Euro im Monat. Oft erhalten Studierende im Praktischen Jahr nur Sachleistungen, wie Büchergutscheine oder eine Verpflegungsermäßigung. Die 40-Stunden-Woche ist im Praktischen Jahr die Regel.

Nach einem strapaziösen Arbeitstag sind viele jedoch gezwungen, für den Broterwerb zusätzlich arbeiten zu gehen. Das Selbststudium, Vor- und Nachbereitung des Stationsalltags oder Examensvorbereitungen sind da noch nicht abgebildet. Darunter leiden nicht nur die Leistungen der Studierenden. Durch die Doppelbelastung aus PJ und Erwerbsarbeit steigen auch die Risiken von psychischer und physischer Erkrankung der Studierenden.

Diese ausbeuterische Situation muss abgeschafft werden!

Wir schließen uns der Position der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland (bmvd) an: Studierende im Praktischen Jahr sind keine kostenlosen Stationshilfen!

Deshalb fordern wir mindestens:

- Bundesweit den BAföG-Höchstsatz als Mindestaufwandsentschädigung im PJ zu zahlen. DIE LINKE fordert für eine tatsächliche Trendumkehr in der Studienfinanzierung einen BAföG-Höchstsatz von 1050 Euro.
- Für alle über 25-jährigen zusätzlich die Übernahme des Krankenversicherungsbeitrags.
- Eine einheitliche Gewährung von Krankheitstagen.
- Die Berücksichtigung eines angemessenen Freiraums für Lehrveranstaltungen und Selbststudium während des PJ.
- Die kostenfreie Bereitstellung von Arbeitskleidung und -materialien und Aufbewahrungsmöglichkeiten für Kleidung und persönliche Gegenstände.

Unterzeichner*innen:

Martin Dolzer, MdHB, Hamburg, Fachsprecher für Wissenschaft
Nicole Gohlke, MdB, Hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin
René Jalaß, MdL, Sachsen, Sprecher für Hochschul- und Wissenschaftspolitik
Karsten Kolbe, MdL, Mecklenburg-Vorpommern, Sprecher für Hochschulpolitik
Hendrik Lange, MdL, Sachsen-Anhalt, Sprecher für Wissenschafts- & Technologiepolitik
Christian Schaft, MdL, Thüringen, Sprecher für Wissenschafts- und Hochschulpolitik
Tobias Schulze, MdA, Berlin, Sprecher für Wissenschaft, Forschung & Netzpolitik
Petra Sitte, MdB, Sprecherin für Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik
Miriam Strunge, MdBB, Bremen, Sprecherin für Wissenschaftspolitik
Isabelle Vandre, MdL, Brandenburg, Sprecherin für Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik
Janine Wissler, MdL, Hessen, Sprecherin für Wissenschaft

Jetzt die Petition der bmvd mitzeichnen:
gleft.de/2Eq